

Ich bin froh, daß die jungen Leute aus dieser Zeit den Widerstand dann weitergetragen haben. Gut, er mußte ganz andere Formen annehmen, als wir merkten, daß die sowjetische Besatzungsmacht stand. Es wurde eine DDR gegründet. Es war also kein schneller, unmittelbarer Erfolg zu erreichen. Wir konnten also nur mildern, mindern, warnen vor dieser Zeit.

Aber ich muß sagen, es war damals sehr viel Enthusiasmus in den Trümmern von Berlin und in den Trümmern der Ostzone, der uns bewogen hat, dieser neuen Diktatur entgegenzutreten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Schönen Dank, Herr Finn. Ich habe inzwischen von den Abgeordneten und Sachverständigen bereits acht Wortmeldungen zu Fragen. Frau Graul, wenn Sie vielleicht ganz kurz zum selben Thema ergänzen können? Dann bekommen Sie ja alle noch genügend Zeit, wenn Sie gefragt werden.

Elisabeth Graul: Ich will nur noch zwei Dinge ganz kurz ergänzen. Wir haben natürlich, so jung und voller Idealismus, wie wir damals waren, Politik gemacht, ohne etwas von der Politik zu verstehen. Ich vermute, daß wir das Aushängeschild im Osten für den „Bund Deutscher Jugend“ im Westen waren. Außerdem brauchte Paul Lüth für seine Jugendorganisation ja auch Gelder, und die mußte er bei irgendwelchen Sponsoren bekommen. Ich vermute, daß er dann immer gesagt hat: „Seht, was wir im Osten tun!“ Das ist das eine.

Zum zweiten glaube ich, daß uns die DDR schon sehr ernstgenommen hat. Wir haben sie sehr gestört, und wir haben sie sicherlich auch beunruhigt. Und was Herr Fricke vorhin sehr richtig sagte: Vielleicht wäre manches noch schlimmer geworden, wenn nicht auch wir uns eingebracht hätten. Die Höhe der Strafen, die wir bekamen – drei von den Hauptangeklagten hatten lebenslänglich, drei fünfzehn, drei zwölf, drei zehn Jahre, es war säuberlich verteilt –, beweist ja, daß wir als Gegner ernstgenommen worden sind. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Ich danke den Zeitzeugen für diese erste Diskussionsrunde. Wir werden jetzt weiterfragen. Ich glaube, gerade die letzten Anmerkungen haben gezeigt, daß hier nach 1945 dieser Freiheitswille von der SED als ärgster Feind für den Aufbau ihrer Diktatur erkannt wurde. Das ist etwas, was sie natürlich nicht erwartet hat, obwohl einer der meistzitierten Autoren in der DDR, ein Mann aus dem 19. Jahrhundert, einmal von dem den Menschen innewohnenden Freiheitswillen und der Kraft der Demokratie gesprochen hat. Das hat die SED wohl nicht gelesen. Das stammt von Friedrich Engels. (Heiterkeit)

Ich darf zunächst Herrn Passauer das Wort geben.

Sv. Martin-Michael Passauer: Jede Frage, die ich jetzt stelle – ich habe vier – ist auch von Dank oder Hochachtung Ihnen gegenüber getragen. Es ist vielleicht etwas spät, wenn Sie das jetzt hören, aber ich will zumindest

vornweg sagen, daß all das, was ich sage, getragen ist von der Hochachtung und von der Bewegung, die Sie auslösen, indem Sie so etwas erzählen.

Meine Fragen betreffen ein bißchen dieses Problem. Die erste Frage geht an Karl Wilhelm Fricke. Er hat uns zu dem Schüler Flade erzählt, daß er zunächst zum Tode verurteilt war und dann – so sagten Sie wörtlich – aufgrund eines landesweiten Protestes begnadigt worden ist. Wenn wir von oppositionellem Verhalten sprechen, fähnde ich nach diesem landesweiten Protest. Bei allem, was Sie erzählt haben, kann man dieses auch als oppositionelles Verhalten werten. Wie hat dieser landesweite Protest ausgesehen?

Die zweite Frage richtet sich auch an Sie, Herr Fricke, aber gleichzeitig an Herrn Finn. Wenn Sie sagen, es habe eine Abstimmung mit den Füßen stattgefunden, also viele Menschen haben die DDR verlassen, die von dem, was hier war, betroffen gewesen sind, wo blieb eigentlich deren Protest? Wo blieb eigentlich dann deren Abstimmung dort, wo sie hingekommen sind? Die Frage an Herrn Fricke und an Herrn Finn konkret: Welchen Rückhalt fanden die Aktivitäten z. B. der KgU in der breiten Masse der westdeutschen Bevölkerung? Mußten Sie da um Aufklärung werben? Wenn Sie, Herr Finn, das schwere Wort „Schweigen ist Mord“ gesagt haben, dann muß man das ja vermitteln können, daß Schweigen Mord oder Gleichgültigkeit schlimmer als Haß ist oder was einem dazu alles einfällt. Wie konnten Sie das multiplizieren? Ging das überhaupt? Es ist ja eine Frage von uns ehemaligen DDR-Bürgern immer wieder bei vielem, was wir jetzt hören: Wo ist deren Stimme eigentlich damals geblieben?

Die dritte Frage richtet sich an Herrn Prusko. Herr Prusko, Sie haben davon gesprochen – das habe ich nicht ganz verstanden –, daß Sie in die Verfassungsdiskussion die Wehrdienstverweigerung einbringen wollten. Können Sie dazu noch einmal sagen, auf Grund welcher Tatsache? Das kann doch nur zu einer Zeit gewesen sein, als es die KVP noch gab und keine allgemeine Wehrpflicht. Was hatten Sie für Motive? Waren es ethische Motive?

Meine letzte Frage geht an Herrn Wolfram. Sie haben bei vielem, was Sie gesagt haben, bewegend erzählt, wie Sie selber verweigert haben. Sie haben von diesem einen Posten erzählt, als Sie morgens nach Berlin mußten und Ulbricht Ihnen den Posten angetragen hat und Sie sich beharrlich verweigert haben. Ist das aus Ihrer Sicht eine Ein-Mann-Position gewesen? Oder haben Sie in Ihrem Umfeld oft erlebt, daß sich Menschen beharrlich einer Postenzuweisung verweigert haben? Denn es hieß ja immer: Eigentlich kann man sich nicht verweigern. Wer sich verweigert, der schließt sich aus und fällt damit sein eigenes Urteil.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Manfred Wilke, bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe drei Fragen, wobei ich in diesen Fragen auf zwei Zusammenhänge zu sprechen kommen will. Das eine ist,

daß Wolfram als einziger – wenn ich das richtig verstanden habe – davon gesprochen hat, daß man die Sowjetisierung eines Teils Deutschlands aufhalten wollte. Und in allen Beiträgen war der gesamtdeutsche Bezug noch zu hören und zu spüren. Und was Finn bewegend über die KgU erzählt hat, war die Ankündigung an SED-Funktionäre: „Wenn dann die Wiedervereinigung da sein wird, werden wir euch zur Rechenschaft ziehen.“

Dies sind die tragenden Momente für meine drei Fragen. Ich fange bei Karl Wilhelm Fricke an. Er hat am Schluß darauf hingewiesen, daß es auch Einflußnahmen westdeutscher Geheimdienste auf die Entwicklung in der DDR gegeben hat.

Nun gibt es einen Fall, der mich seit langem bewegt, und ich habe keinen Zweifel, daß Karl Wilhelm Fricke die Fakten präsent hat: Die Sekretärin von Otto Grotewohl hat für den BND gearbeitet und ist zum Tode verurteilt worden. Und ich würde gern einmal wissen, wie wir denn die Tat dieser Frau beurteilen sollen. Es gibt in der Widerstandsdiskussion, bezogen auf den Nationalsozialismus, derzeit noch immer eine heftige Debatte über die „Rote Kapelle“, ob denn eine aktive Kundschaftertätigkeit für die Sowjetunion während der Nazizeit als Widerstand gewertet werden kann. Also, was machen wir mit der Grotewohl-Sekretärin?

Dann die Frage nach den Wirkungen dieses Widerstandes der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre in der weiteren Entwicklung Gesamtdeutschlands. Ich sage es hier ganz bewußt, und ich möchte gern von Wolfram wissen: Welche Rolle haben seine Erfahrungen bei der IG Bergbau und Energie gespielt, die in allen Phasen der bundesdeutschen Geschichte ab 1950 daran festgehalten hat, daß man Kommunisten als Feinde freier Gewerkschaften und als Feinde der Demokratie bezeichnet und bekämpft? Welche Erfahrungen von ihm sind in diese Linie der Organisation eingeflossen?

Letzte Frage an Finn: Die SED hat die Information gefürchtet. Und ich kann mich erinnern, als ich in den siebziger und achtziger Jahren meinen Teil in dieser Angelegenheit getan habe, war es immer noch so. Wieso kam es eigentlich dazu, daß in den fünfziger Jahren die Stimmung umkippte, der Widerstand gegen die Diktatur in der westdeutschen Gesellschaft immer weniger als Widerstand und als Freiheitskampf gewertet wurde und wir als Nachgewachsene und Nachgeborene uns angewöhnten, von Aktivitäten kalter Krieger zu reden, die im Interesse der Entspannung beendet werden mußten?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Der Diskussionsleiter hat es immer dann schwer, wenn er darauf hinzuweisen versucht, daß die kühne Ankündigung vom Anfang, wir würden vielleicht etwas früher fertig werden, schon sehr gefährdet ist. Es trifft natürlich jetzt die folgenden, obwohl es den letzten Diskussionsredner treffen sollte. Ich bitte also erstens, sich kürzer zu fassen, und zweitens, daß möglichst nicht jeder drei Fragen stellt. Es genügt eigentlich, wenn jeder eine Frage stellt, meine Herren Kollegen.

Markus Meckel, bitte.

Abg. Meckel (SPD): Verehrter Herr Vorsitzender! Auch ich werde mich leider nicht an diesen Rat halten können.

Ich möchte am Anfang ebenfalls meinen Dank und meine Hochachtung denen aussprechen, die zu uns geredet haben, die für viele andere mitgeredet haben, die ebenfalls hier sitzen könnten. Sie selbst wissen am besten, wer noch gemeint ist.

Ich bedauere, daß verschiedene Gruppierungen, die hier hätten mitangehört werden müssen, leider nicht da sind. Am Anfang ist auf Ulf Müller hingewiesen worden; ich denke auch an Ralf Schröder. Es ist wichtig, daß wir mit jemandem, der aus der kommunistischen Partei, also aus der SED selbst stammt und den Widerstand dort in den fünfziger Jahren repräsentiert, sprechen. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht den gleichen Fehler machen, den man in der NS-Widerstandsforschung sowohl im Westen als auch im Osten in bezug auf den kommunistischen Widerstand gemacht hat – im Westen, indem man ihn erst einmal beiseite gelassen hat, im Osten, indem man ihn fast zum einzigen gemacht hat. Beides wäre problematisch. Deshalb denken wir, daß hier eine differenzierte Schau besonders wichtig ist.

Meine Frage ist – damit knüpfe ich an Herrn Fricke an: Es ist manchmal vielleicht schwer, zwischen Machtkämpfen in der SED und dem, was wirklich Widerstand in Richtung von mehr Demokratie ist, zu unterscheiden. Daher nur gab es den Versuch, den neuen weltweiten Herausforderungen in der Ökologiefrage zu begegnen? Dazu möchte ich gern noch ein paar Kriterien hören, die da wichtig sind.

Ich mache es mit den Fragen ganz kurz. Herr Finn, wissen Sie, ob von denen, die Sie damals gesammelt haben – Denunzianten oder Wächter, die sich in der Haft entsprechend verhalten haben –, Leute verurteilt wurden, ob Ermittlungen laufen? Wie ist der Sachstand? Unsere beiden Gewerkschafter frage ich: Ab wann war Ihrer Meinung nach die Gewerkschaft voll in der Hand der SED? Was wußten Sie damals zur gleichen Zeit, Ende der vierziger Jahre, von den vielen verschwundenen Sozialdemokraten und anderen Demokraten? Was konnte die Gewerkschaft tun? Frau Graul, wie war es mit der Zeit nach der Haft? Haben Sie in dieser Zeit, in den Jahrzehnten danach, in Magdeburg mit irgend jemandem geredet? Wer wußte von Ihrem Schicksal in Ihrer sozialen Umgebung danach? Wie wurden Sie vom Staat behandelt? Was konnten Sie beruflich tun? Ich glaube, das ist auch sehr wichtig zu wissen für die Zeit der DDR. Letzte Frage an alle, soweit sie behandelt werden kann: Was wußten Sie von jeweils anderen Gruppierungen, die auch Widerstand leisteten, sich verweigerten, sich zusammenschlossen? War Ihnen jeweils nur die eigene bekannt, weil es natürlich keine Öffentlichkeit gab? Oder kannten Sie andere, und wie verhielten Sie sich dazu? Lehnten Sie sie ab, weil es eine andere

politische Richtung war? Unterstützte man sich? Hatte man Kontakte? Das würde mich sehr interessieren.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe jetzt noch sieben Wortmeldungen. Wenn Sie einverstanden sind, schließe ich damit zunächst einmal die Anfrageliste. Ich schlage vor, daß wir auch im Interesse unserer Zeitzeugen so verfahren, daß sie jetzt erst einmal die Möglichkeit haben, auf das zu antworten, was schon sehr umfangreich gefragt wurde, und daß wir dann zwei weitere Schritte zu tun versuchen. Ich bitte auch die Zeitzeugen, sich möglichst kurz zu fassen.

Es sind nicht nur Zeitzeugen, sondern es ist auch Herr Fricke gefragt worden, obwohl er ja nun gewissermaßen Historiker, Journalist und Zeitzeuge in einer Person ist. Herr Fricke, wenn Sie vielleicht anfangen würden?

Karl Wilhelm Fricke: Ich darf in der Reihenfolge der hier aufgeworfenen Fragen antworten. Zunächst an Martin M. Passauer: Der landesweite Protest gegen das Urteil gegen Hermann Joseph Flade kam folgendermaßen zustande. Noch in der Nacht nach dem Urteil – es wurde, glaube ich, am 12. Januar 1951 gefällt – ist der Rechtsanwalt, der ihn vertrat, mit der schriftlichen Ausfertigung des Urteils geflüchtet und hat dieses Urteil über die damals verfügbaren westlichen Medien, in der Hauptsache RIAS Berlin und Nordwestdeutscher Rundfunk, sofort publik gemacht, so daß auch ein Sturm im Berliner Blätterwald und in allen westdeutschen Zeitungen entfacht werden konnte. Und über die elektronischen Medien hat es dann in die DDR zurückgewirkt, so daß sich z. B. spontan Schülergruppen fanden, die mit Losungen „Freiheit für Flade!“ aufgefallen waren.

Die Justiz, das Regime der DDR gerieten also unter enormen politischen Druck. Man hatte offenbar die auf Abschreckung kalkulierte Wirkung des Urteils falsch eingeschätzt, das heißt man war offenbar überrascht von der Vehemenz der Proteste in beiden Teilen Deutschlands. Man kennt auch aus Aussagen späterer Flüchtlinge, wie dann das Revisionsurteil zustande kam. Es ist nämlich auf Initiative des damaligen Chefs der Staatssicherheit in Sachsen angeregt worden. Der hat dann sogar realistisch gesagt, als in zweiter Instanz in den Vorabsprachen auf ein lebenslanges Urteil abgehoben werden sollte, das habe keinen Sinn, dafür sei der Verurteilte, also Hermann Joseph Flade, viel zu jung, man müsse auf zeitliche Zuchthausstrafe von 15 Jahren erkennen, denn lebenslänglich für einen solchen jungen Verurteilten wäre ja gleichbedeutend mit der Todesstrafe. So ist also dieses Revisionsurteil zustande gekommen.

Ich glaube schon, daß man hier von landesweitem Protest sprechen kann, der sich aber in der DDR natürlich nicht legal artikulieren konnte, sondern illegal, in Widerstandsaktionen. Es gab auch sehr schnell Flugblattaktionen, sicherlich mit Hilfe der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Egal, was war, da hat sich die KgU jedenfalls enorme Verdienste erworben.

Damit zur zweiten Frage: Was hatten Flüchtlinge für ein Echo in der westdeutschen Bevölkerung, wenn sie im Westen über ihre Erfahrungen in der DDR berichteten? Das war natürlich relativ minimal. Sie hatten wohl Einfluß in politischen Gruppierungen und politischen Parteien, das ist richtig. Aber man kann das sicherlich nicht überschätzen. Man hatte damals in Westdeutschland zunächst einmal auch eigene Sorgen. Man darf die Solidarität nicht überfordern. Man hat ja gesehen, daß selbst während des Aufstandes am 17. Juni 1953 die Solidarität doch sehr dünn war.

Andererseits muß man aber auch darauf hinweisen, daß es doch eine ganze Reihe einzelner unter den Flüchtlingen gab, die sich dann politisch engagiert und sehr stark Einfluß auf die politische Meinungsbildung in der Bundesrepublik genommen haben, indem sie in den Medien oder auch in den politischen Parteien tätig wurden, insofern also auch unmittelbar auf die politische Entscheidungsfindung Einfluß nahmen und Zugriff fanden. Ich denke an einen Mann wie Johann Baptist Gradl, der jahrzehntelang in der Union aus meiner Sicht positiv gewirkt und manches verhindert hat, was ohne seinen Einfluß vielleicht nicht denkbar gewesen wäre.

Vielleicht sollte ich noch ganz kurz ergänzen, daß neben der KgU auch die Verdienste des UFJ zu würdigen wären, des „Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen“, der ja ursprünglich eine Gründung von Juristen darstellte, die aus der DDR geflüchtet waren und die nun in der Tat sozusagen unter dem Slogan „Aufstand des Rechts“ versuchten, das Unrecht, das in der DDR-Justiz der frühen fünfziger Jahre eklatant hervortrat, durch Öffentlichkeit einzudämmen oder zu verhindern. Hier wurden auch die Schlüsselfiguren in der Justiz der DDR namentlich angeprangert, und es hat sicherlich auf einige einschüchternd oder mäßigend gewirkt.

Das waren durchaus Formen von politischem Widerstand, die sich grenzüberschreitend entwickelt haben insofern, als dann sogar Staatsanwälte und Richter, die zum Teil in der DDR auch verurteilt wurden, aus der DDR den UFJ mit entsprechenden dokumentarischen Materialien ausgestattet und ihn dadurch in den Stand gesetzt haben, solche Enthüllungen vorzunehmen.

Daß es sowohl bei der KgU als auch beim UFJ dann zu politischem Mißbrauch gekommen ist, hat ja Gerhard Finn schon angedeutet. Man sollte es nicht verschweigen. Das erklärt auch vor allen Dingen das Ausbleiben der Solidarität, als 1959 die KgU ziemlich sang- und klanglos ihre Existenz aufgeben mußte. Eine sehr fatale Rolle hat aus meiner Sicht da auch Ernst Tillich gespielt; aber er lebt nicht mehr – Gott hab ihn selig.

Zur Frage von Herrn Wilke nach der Einflußnahme westdeutscher Geheimdienste und nach dem Schicksal der Sekretärin Otto Grotewohls: Du meinst Elli Barczatis, eine Sekretärin, die mehrere Jahre in der Tat im Büro Otto Grotewohls in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident gearbeitet hat und

durch ihren Lebensgefährten, einen Sozialdemokraten, in Kontakt mit der Organisation Gehlen kam. (Zuruf: Noch nicht BND, Herr Wilke!)

– Noch nicht BND, das ist richtig, 1956 erst BND; und der Fall geht 1955 tragisch zu Ende, als beide zum Tode verurteilt und hingerichtet werden, auch Elli Barczatis. Wir wissen aus den Unterlagen, daß ursprünglich sogar Melsheimer, der damalige Generalstaatsanwalt, in seinem Strafvorschlag für die Abteilung Staatliche Organe beim ZK der SED eine lebenslange Zuchthausstrafe vorgeschlagen hatte, nicht die Todesstrafe, daß die Todesstrafe erst auf Intervention aus dem ZK zustande gekommen ist. Sie sind beide im September 1955 hingerichtet worden.

Was sie an Materialien geliefert hat, waren im Grunde läppische Dinge. Es waren Dinge, die bei uns in der Bundesrepublik damals gar nicht geheimgehalten wurden. Zum Beispiel hat sie Außenhandelsstatistiken geliefert, die in der DDR geheimgehalten wurden. Sie hat Besuchstermine gemeldet. Sie hat allerdings auch geheime Kabinettsprotokolle, also Protokolle von Sitzungen des Ministerrates, geliefert. Aber jeder kann sich selbst ein Urteil bilden, inwieweit sie Spionage im originären Sinne betrieben hat.

Tatsache ist, daß beide, sowohl ihr Lebensgefährte als auch sie selbst, aus einer idealistischen Gesinnung heraus gehandelt haben. Sie haben dafür auch keinerlei finanzielle Vorteile gehabt.

Die letzte Frage, die ich beantworten darf, kam von Herrn Abgeordneten Meckel. Es geht um die sehr schwierige Differenzierung: Was ist Opposition in der Führungsspitze der SED, was sind Machtkämpfe?

(Abg. Meckel (SPD): Nicht nur in der Führungsspitze!)

– Ja, aber Machtkämpfe fanden ja in der Hauptsache in der Spitze der Politbürokratie statt. Ich denke speziell an die Auseinandersetzungen zwischen Zaisser und Ulbricht und zwischen Schirdewan und Ulbricht. Natürlich haben sich hinter diesen Machtkämpfen auch immer alternative politische Konzeptionen verborgen, die, wenn es zu einem Führungswechsel gekommen wäre, sicherlich auch eine Änderung in der Strategie und Taktik der SED bewirkt hätten.

Zaisser z. B. hätte, wenn der Ulbricht hätte ablösen können – und die Chance hat tatsächlich bestanden, das wird mir Hermann Weber bestätigen; er kennt sich als Historiker in diesen Dingen mindestens so gut wie ich, wenn nicht besser aus –, im Falle eines Führungswechsels den radikalen Kurs, wie er auf der 2. Parteikonferenz der SED eingeleitet worden war, zurückgenommen. Dafür gibt es Hinweise, Indizien. Er hatte ganz andere Vorstellungen in der Deutschlandpolitik als Ulbricht. Er glaubte, man müsse zunächst die Einheit der Nation wahren und dann in ganz Deutschland den Sozialismus als Ziel propagieren.

Andererseits darf man sich keinen Illusionen hingeben. Zaisser hat als

Minister für Staatssicherheit genauso schonungslos die Widerständler, die Oppositionellen mit Polizeiterror überzogen, wie es dann seine Nachfolger Ernst Wollweber und Erich Mielke getan haben, so daß ich in der Tat meine Schwierigkeiten habe, ihn als Oppositionellen zu sehen. Und das gilt analog eigentlich auch für Karl Schirdewan, der als zeitweiliger Kaderchef der SED durchaus seinen persönlichen Anteil an der Stalinisierung der SED gehabt hat.

Andererseits muß man daran denken, daß Zaisser und vor allen Dingen Herrstadt nach ihrem Sturz sogar des Sozialdemokratismus bezichtigt wurden, so daß sich also hier tatsächlich hinter diesen Auseinandersetzungen ideologische Divergenzen auftun, die man an solchen Begriffen festmachen kann, die zumindest die SED an diesen Begriffen festgemacht hat, vielleicht auch zur Stigmatisierung der Opposition. Das kann durchaus sein.

Aber es ist ungeheuer schwierig – das sage ich abschließend –, da von Opposition zu sprechen. Ich habe jedenfalls meine Vorbehalte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Nur ein Satz, Herr Fricke, da Sie mich angesprochen haben. Ich teile Ihre Meinung, nur können wir eben nicht übersehen, daß in den vierziger und fünfziger Jahren innerhalb dieser riesigen Partei SED mit fast zwei Millionen Mitgliedern eben auch breite Oppositionsstimmungen da waren, Vorstellungen, die in diese freiheitliche Richtung tendierten, und daß eben auch – das wurde erwähnt – organisierte Gruppen tätig waren. Das heißt also, wenn diese heute hier nicht vertreten sind, kann das nicht heißen, daß sie vergessen werden sollen.

Ich darf jetzt fortfahren und bitte Frau Graul um Antwort.

Elisabeth Graul: Ich beginne mit der Antwort auf Frage Nummer zwei: Sie fragten, ob wir Verbindungen zu anderen Organisationen hatten. Wir haben Verbindung zur „Kampfgruppe Unmenschlichkeit“ angestrebt und auch gehabt. Sie hat uns Flugblätter geliefert. Wir hatten Kontakt zum NTS; das war eine russische Emigrantenorganisation, die uns zum Teil ihren Lautsprecherwagen zur Verfügung stellte. Wir hatten Verbindung zu den Freiheitlichen Juristen, zum Kaiser-Ministerium sowieso. Das war das wesentliche.

Auf Ihre Frage, wie es nach meiner Haft aussah: Ich kam wieder mit Berufsverbot und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Vermögensentzug. Mir war durch Gerichtsbeschluß das von meinen Eltern ererbte Haus in Erfurt weggenommen worden. Ich stand eigentlich völlig mittellos da, durfte meinen Beruf nicht ausüben, also nicht unterrichten. Es war also sehr schwierig.

Es begann zunächst einmal damit, daß mir Zimmer nachgewiesen wurden, die nicht zu bewohnen waren, so naß, daß die Möbel hätten einen Meter von der Wand abstehen müssen. Oder das Zimmer befand sich im zweiten Stock, und Wasser war nur im Keller. Das waren schon ausgesprochene Schwierigkeiten, die mir gemacht wurden.

Die Abteilung Inneres, bei der sich jeder in den Osten entlassene Häftling melden mußte, äußerte den Wunsch, ich möchte mich doch nun, bitte schön, in der Produktion bewähren. Da habe ich damals den Leuten gesagt: „Ich habe ja die ganzen Jahre in Hoheneck in der Produktion“ – wir hatten eine Schneiderei – „gearbeitet; ich möchte gern etwas anderes tun.“ Nun war um die Ecke herum, wo ich durch private Vermittlung endlich doch ein Zimmer gefunden hatte, das fast neugegründete Magdeburger Puppentheater. Die waren noch so richtig schön in der Pionierphase und brauchten Puppenspieler. Da hat die Leitung dieses Puppentheaters sich unwahrscheinlich für mich eingesetzt. Sie wußten, woher ich kam; ich hatte ihnen das sofort gesagt, und ich durfte dort eingestellt werden.

Ich habe dann praktisch 13 Jahre an diesem Puppentheater gearbeitet, habe währenddessen die Bühnenreifepfung abgelegt, habe viel am Klavier gesessen, wenn Stücke ganz auf Klavier lagen, wie die berühmte „Hasenschule“, die vielleicht noch mancher Ältere von Ihnen kennt, und ich habe zum Schluß auch Regie geführt.

Wer mich innerhalb dieser Puppentheaterzeit – sicherlich gab es den einen oder anderen, ich weiß es bis heute nicht – beobachtet hat, kann ich nicht sagen. Die Einsicht bei der Gauck-Behörde steht noch aus, sie ist lange schon beantragt, aber noch nicht passiert. Ich möchte diese Einsicht bei der Gauck-Behörde nicht deshalb, um irgendwelche Leute zu verklagen, sondern um Verdacht auszuschließen.

Dann bekam ich einen Bandscheibenvorfall, mußte also diese Puppentheater-tätigkeit beenden, und ich habe mich einfach noch einmal auf die Schulbank gesetzt. Ich hatte 25 Jahre nichts in Richtung meines ehemaligen Berufes getan, habe noch ein Fernstudium an der Hochschule für Musik in Weimar gemacht, das mir genehmigt wurde, und bin dann hineingesprungen in die Arbeit an der Musikschule in Magdeburg.

Was mein weiteres Verhalten betraf – dazu vielleicht noch ein paar kurze Worte. Ich habe z. B. an dieser Musikschule als einzige Lehrkraft nicht am Parteilehrjahr teilgenommen. Das war ja Pflicht für alle Lehrer. Dies hat offensichtlich mein Leiter abgedeckt, der, obwohl er SED-Mitglied war, ein Mensch mit Rückgrat war und ist. Ich habe bei Wahlen stets diese Pseudokabinen aufgesucht und habe immer durchgestrichen oder „nein“ hingeschrieben, als es dann hieß, daß die Striche auch als „ja“ gezählt werden.

Ich habe also weiter eine stille Opposition geübt, hatte außerdem sehr gute Kontakte zu meinen Schülern, von denen nur wenige wußten, was hinter mir lag – auch nur wenige Eltern –; aber ich muß insgesamt sagen, daß ich in diesem Kreis, der über meine Vergangenheit Bescheid wußte, nur Achtung erfahren habe. Ich habe vielleicht überhaupt sehr viel Glück gehabt, daß ich Menschen begegnet bin, die mir nicht feindlich, sondern sehr freundlich

gesinnt waren oder soviel Charakter hatten, daß sie Dinge nicht weitergemeldet haben, die sicherlich nicht im Sinne des Regimes waren.

Ich bin auf dem Wege zu ergründen, was sich da im einzelnen abgespielt hat, sobald ich diese Akteneinsicht haben werde, auf die ich sehr warte, zumal ich meine Dinge inzwischen auch literarisch niedergelegt habe. Ich würde gern einige Dinge auch noch präzisieren, damit diese Aussagen umfangreicher werden können. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Danke schön – wir gehen der Reihe nach weiter. Herr Finn, bitte.

Gerhard Finn: Herr Passauer, die Antwort auf die Frage nach der Abstimmung mit den Füßen hat Herr Fricke schon gegeben. Ich möchte nur noch hinzufügen: Die sind herübergekommen, haben, wie Herr Fricke gesagt hat, einiges bewirkt. Die meisten sind aber satt geworden wie die anderen auch und haben sich den Dingen nicht mehr so verpflichtet gefühlt.

Man kann es ja nicht wiederholen – aber ich möchte nicht wissen, wie unser Widerstand, überhaupt der Widerstand in der SBZ und DDR, ausgegangen wäre, wenn dieses Schlupfloch West-Berlin – oder damals auch noch die Grenze – nicht gewesen wäre. Wie hätte das alles ausgesehen!

Es war ja unser großer Vorteil: Die Kommunisten lesen immer viel. Sie lesen alles genau. Sonst hätte das „Neue Deutschland“, dieses langweilige Blatt, nicht so einen Erfolg gehabt. Und wir konnten davon ausgehen, daß ganz enggedruckte Flugblätter immer ganz genau gelesen wurden, vor allen Dingen von der gegnerischen Seite. Dazu als Illustration: Ich habe einmal einen ehemaligen politischen Häftling gesprochen, der so Ende der fünfziger Jahre nach Berlin kam. Er hatte ein paar Jahre abgesehen – er war nicht sehr alt –, weil er eine Pistole hatte. Die hatte er irgendwo im Krieg gefunden. Er war jedenfalls wegen illegalen Waffenbesitzes verurteilt worden. Er sagte zu mir: „Mensch, habe ich ein Glück gehabt! Wenn die noch die Flugblätter bei mir gefunden hätten, wäre ich überhaupt nicht mehr herausgekommen!“ Die Relation war also ganz anders.

Sachstand, Herr Meckel, zur Spitzelkartei der KGU: Sie ist bei Gehlen gelandet und soll jetzt, soviel ich gehört habe, beim Bundesarchiv sein. Ich weiß nicht, wer damit noch einmal gearbeitet hat oder ob damit gearbeitet wird.

Andere Widerstandsgruppen: Wir hatten da und dort Kontakt; es entstand viel spontaner Widerstand, ein, zwei Leute. Größer konnte man ja gar nicht mehr arbeiten, um nicht der Abwehr, der Stasi, aufzufallen. Es war überall aus irgendwelchen Anlässen so etwas entstanden. Irgendwo mußte ja ein Anstoß sein. Da waren zwei, drei Leute, die etwas taten und irgendwo vielleicht auch etwas erreichten. Wenn sie Glück hatten, wurden sie nicht entdeckt oder konnten abhauen. Oder sie kamen nach West-Berlin und suchten

Kontakt bei uns, solange die KGU noch bestand, sagten: „Ach, helft uns doch! Wir können nichts drucken, gebt uns Flugblätter!“

Es gab oft Einzelkämpfer, die wir gar nicht kannten, mit denen wir nichts zu tun hatten und die Gott sei Dank so vorsichtig waren und sich nicht vorstellten, wenn sie zu uns kamen, sondern sich beraten ließen, etwas mitnahmen, wieder zurückführen und als Einzelkämpfer, als Einzelpersonlichkeiten innerhalb ihres Lebenskreises, innerhalb der SBZ/DDR wirkten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Wolfram, bitte.

Adam Wolfram: Zur Frage, ob das die einzige Ablehnung eines Postens war, den man mir angeboten hat, und aus welchen Gründen: Ich habe bereits gesagt, daß die Ablehnung der Übernahme des Postens als Vizepräsident der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung eine politische Entscheidung von mir gewesen ist, weil ich wußte, daß niemals in Erfüllung gehen konnte, was man auf diesem Posten und in dieser Eigenschaft hätte tun müssen.

Die Versorgungsdecke war ja niemals so groß, daß alle Bedürfnisse befriedigt werden konnten. Einer mußte immer darunter leiden und bekam weniger als die anderen. Die machten dann Protest, und der Protest ging dann zu Lasten des betreffenden Vorgesetzten bzw. Präsidenten. So ist einer nach dem anderen nach einem halben Jahr oder nach einem Jahr wieder hinausgeflogen, und viele davon sind jahrelang ins Gefängnis gekommen.

Der zweite Posten war der Posten des Landtagspräsidenten, der von allen Parteien an mich herangetragen wurde – CDU, LDP, und alle sagten: „Du mußt das machen, du bist der einzige, der unser Vertrauen hat, Du mußt den Posten annehmen.“ Da habe ich mich breitschlagen lassen.

Zu der Frage, welchen Einfluß die Gewerkschaften auf die Entwicklung hatten, möchte ich sagen: Bis 1947 haben die Gewerkschaften in dem Gebiet der SBZ außerordentlich positive und erfolgreiche Arbeit geleistet, und zwar mit Hilfe der Betriebsräte und mit Hilfe der Verwaltung. Ich kann Ihnen sagen, ich habe nie so viele Unternehmer mit ihren Betriebsräten in meinem Gewerkschaftsbüro gesehen wie 1945, 1946 und bis 1947.

Aber dann gingen die Schwierigkeiten los, als die allgemeine Sozialisierungs- oder Enteignungswelle vonstatten ging. Die Kreiswirtschaftsämter hatten ja gewissermaßen die Oberhoheit über die in ihrem Kreisbereich liegenden enteigneten Betriebe. Da gab es keine Gewinn- und Verlustrechnung für den einzelnen Betrieb, sondern das ging alles in einen Topf. Alles ging in den Kreis.

Wir hatten den Versuch gemacht, die Rechtsgrundlage für die Betriebe in Form einer GmbH zu schaffen, und Professor Brundert und auch Herwegen waren auf diesem Gebiet dafür. Wir hatten schon über 40 neue Gründungen vorgenommen. Dann kam Ulbricht dazwischen und erklärte uns für verrückt. Er sagte, wir wollten kapitalistische Wirtschaftsformen wiedereinführen, das

käme gar nicht in Frage, sondern wir wollen den Sozialismus, und alles, was in einem Betrieb geschieht, kommt in eine Zentrale, in einen Topf. Und wir bestimmen, wer was bekommt.

So brauchte man sich nicht zu wundern, was dann aus den Betrieben geworden ist, die nichts bekommen haben, die investieren mußten, aber keine Gelder bekamen, um neue Maschinen anzuschaffen usw. So ging die Produktion immer weiter zurück, und die Produktivität der Arbeit sank.

Die Kommunisten hatten dann 1947 begonnen, sich in den Gewerkschaftsorganen durch einen Sekretär ständig über alles zu informieren, was in den Gewerkschaften geschah, auch inhaltlich. Diese Kontrolle hat eines Tages in Magdeburg festgestellt, daß bei einer Gewerkschaft ganze Pakete von illegalen Zeitschriften aus Berlin gelagert waren, die gegen die kommunistischen Gewerkschaften und ihre Auffassungen gerichtet waren. Aber die Herrschaft über die Gewerkschaften kam erst 1948, als der Kongreß in Berlin die SED als führende Kraft der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Entwicklung in der SBZ bezeichnet hatte, was von dem Kongreß angenommen wurde. Von da an hatten die Betriebsgruppen der SED auch im Betrieb und in den Gewerkschaftsorganen den ausschlaggebenden Einfluß gewonnen, so daß sie von diesem Zeitpunkt an auch die Gewerkschaften beherrscht haben. Ich bin nie ein Freund der Kommunisten in den Gewerkschaften gewesen, und zwar aus früheren Erfahrungen und Erkenntnissen. Das letzte Mal wurde ich 1930 bei dem großen Gewerkschaftsstreik im Mansfelder Land von den Kommunisten verprügelt, und die Erinnerung ist auch nach 1945 bei mir wachgeblieben.

Es war ja so, daß 1945, 1946, 1947 die Befehle, die Anweisungen nicht aus den deutschen Organen, sondern aus Moskau kamen. Moskau entschied auch den wirtschaftlichen Entwicklungsweg in der Sowjetzone.

Ich frage Sie: Wer von Ihnen hat 1946/47 gewußt, was Aktivisten im Betrieb waren? Wer von Ihnen hat gewußt, was Wettbewerb in den Betrieben war? Wer von Ihnen hat gewußt, was Brigaden und Brigadeführer in den Betrieben waren? Wer hat gewußt, daß es einen Betriebskollektivvertrag gab? Das waren doch alles sowjetische Vorstellungen, die jetzt den deutschen Arbeitern aufoktroziert wurden.

Wir haben zuerst gelacht, als der Hennecke mit seinen 400 % Sollerfüllung kam. Und das Lachen ist uns dann vergangen, als dann auf einmal ein paar Dutzend sowjetische Instrukteure aus Moskau, aus den großen Industriezentren Rußlands zu uns kamen, in unsere Betriebe. Sie liefen wochenlang in den Betrieben herum und wollten unseren Kollegen weismachen, daß ihre Methoden des Wettbewerbs viel erfolgreicher und im Sinne des Sozialismus wären.

So haben fremde Menschen monatelang unseren Menschen eingebläut, was sie zu tun haben. Das hat lange gedauert, ehe unsere Leute das begriffen haben.

Aber dann gab es doch einzelne, denen hat es in der Nase gejuckt: „Wenn ich dieses Projekt jetzt mache und diese Leistung bringe, kriege ich tausend Mark extra! Und diese tausend Mark extra stecke ich ein.“

So haben wir gesehen, wie die Prämien, die man diesen Leistungsträgern zugesprochen hat, und die Vergünstigungen – daß sie z. B. in einem schönen Hotel am Weißen Hirsch in Dresden ihren Urlaub verbringen konnten – dazu geführt haben, daß dieses System der sowjetischen Arbeitsbedingungen nach und nach bis 1950 eingeführt war. 1950 war das vollzogen. Von da an waren wir eine russische Kolonie in bezug auf die Arbeitsverhältnisse. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Prusko, bitte.

Georg Prusko: Zur Frage, wann die SED die Gewerkschaften in den Griff bekommen hat: Nach meinen Beobachtungen aus dem Raum Dresden muß ich sagen, daß schon von Beginn an, seit 1946/47, ganz deutlich wurde, daß überall an die Spitze immer ein zuverlässiger SED-Genosse gesetzt wurde, auch in den Betrieben. Das habe ich beobachtet. Das können Sie auch daran erkennen, daß z. B. die Gewerkschaften von vornherein in den sogenannten Demokratischen Block hineingenommen worden sind und hier ein zusätzlicher Arm der SED waren.

Denken Sie an die Worte von Walter Ulbricht: Die Massenorganisationen sind die Treibriemen der Partei. Der FDGB war als Massenorganisation für die Partei von großer Bedeutung. Zur zweiten Frage, dem Umschlagen der Stimmung in der Öffentlichkeit im Hinblick auf den Widerstand: Hier möchte ich sagen – und ich kann nur meine eigene Meinung sagen –, daß auch in der Bundesrepublik in dieser Frage eine Änderung in der öffentlichen Meinung eingetreten ist, und zwar a) durch die Parteien und b) durch die Massenorganisationen. Es war vielleicht politisch nicht mehr so wichtig oder so opportun, daß diese Frage in die Öffentlichkeit gebracht worden ist. Ich habe versucht, das vorsichtig zu umschreiben.

Zur dritten Frage: Wie war die Zusammenarbeit der Menschen im Widerstand untereinander, z. B. der Parteien, der SPD, CDU, LDP? Hier muß ich sagen, daß wir uns in Waldheim, Bautzen usw. sehr gut miteinander verstanden haben, viel besser, als sich heute die Parteien im Bundestag verstehen. (Unruhe)- Ich beobachte ja die Parlamente!

Wir haben uns über alle Fragen unterhalten und waren auch politisch in der Frage der Wiedervereinigung usw. einer Meinung. Ich muß hier ganz deutlich sagen, daß die Sozialdemokraten im Zuchthaus – ich will jetzt keine Parteipropaganda machen – der Meinung der CDU in den fünfziger Jahren viel näher standen als der SPD.

Nun zur Frage nach der Diskussion über die Verfassung: Sie wissen ja, die Zone hat sich damals eine Verfassung gegeben, und eineinhalb Jahre, bevor die Verfassung verabschiedet worden ist, hat man in den Massenorganisationen

über den Entwurf diskutiert. Wir von der Jugend der CDU in Dresden haben uns gesagt: „Wir werden den Vorschlag machen, die Wehrdienstverweigerung hinauszunehmen mit der Begründung: Wenn wir als Beispiel in der DDR die Wehrdienstverweigerung hineinbringen, erzwingen wir, zumindest veranlassen wir, in die westdeutsche Verfassung, die ja auch in der Diskussion war, den gleichen Passus hineinzubringen. Denn die SED hat doch immer vom Frieden geredet, und wer Frieden will, braucht ja keine Wehrpflicht.“

Das war eine Argumentation. Wir wußten genau, daß sie zwar vom Frieden geredet, aber etwas anderes gemeint haben. Das haben wir dann gemerkt, als man uns einfach überall, wo wir mit dieser Frage ankommen wollten, hinausgeschmissen oder herausgehalten hat. Aber die Diskussion ist unter gewissen Kreisen der Wehrdienstverweigerer gelaufen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Schönen Dank. Ich bedauere jetzt natürlich doppelt, daß – wie er sich immer selbst bezeichnet – der Altzuchthäusler Ulf Müller nicht unter uns sein kann, denn er würde Ihnen sofort heftig widersprechen.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine erste Frage geht an Herrn Fricke: Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß sich so etwas wie widerständiges Verhalten erst allmählich herausgebildet hat. Ist dies nicht auch natürlich, weil die politischen Strukturen ja noch gar nicht da waren? Es gab lediglich die Besatzungsmacht, der gegenüber man Widerstand leisten konnte. Ist es nicht auf diesem Hintergrund ganz verständlich, daß es so etwas zunächst nicht gab?

Wohl aber gab es Widerstand oder Opposition gegen die Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten. Dazu bildete sich widerständiges Verhalten heraus.

Allgemeiner gefragt: Müßten wir nicht, ähnlich wie bei der NS-Forschung, bezogen auf die DDR-Geschichte auch den Begriff der Resistenz einführen, um etwas von der verengten Betrachtung politischen Verhaltens wegzukommen und das Verhalten der breiteren Bevölkerung zu erfassen?

So etwas wie Resistenz haben wir ja frühzeitig auch in der sowjetisch besetzten Zone, und dieses „Sich-nicht-vereinnahmen-lassen“ ist doch etwas, was sich schon sehr früh entwickelt und dann die Zeit über durchhält. Anders formuliert: Müßten wir nicht ähnliche Fragen, bezogen auf die SBZ- und DDR-Entwicklung wie bezogen auf den Nationalsozialismus stellen, Fragen, die auf die Verhaltensgeschichte der Menschen zielen?

Die zweite Frage geht an Adam Wolfram und Herrn Prusko: Es ist das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten und Christen innerhalb des FDGB angesprochen worden. Von wann an ist das Verhältnis unter diesen Gruppen konfliktorisch? Wie hast Du, Adam Wolfram, wie haben Sie, Herr Prusko, das wahrgenommen? Und an Adam Wolfram noch die Zusatzfrage:

Gab es innerhalb des FDGB Kollegen, die sich als Sozialdemokraten betrachteten und untereinander besonders kommunizierten, ähnlich wie das Prusko, bezogen auf die christlichen Gewerkschafter, eben dargestellt hat? Gab es einen informellen Kommunikationszusammenhang von Sozialdemokraten innerhalb des FDGB?

Schließlich dann die Frage, die hier eigentlich hinein müßte: Hast du, Adam Wolfram, in irgendeiner Form das Ostbüro der SPD in dieser Nachkriegszeit im gewerkschaftlichen und sonstigen Bereichen wahrgenommen? Hat es eine Rolle gespielt? Es müßte ja in diesem Zusammenhang als eines der großen Feindbilder des SED-Systems mit gewürdigt werden.

Die dritte Frage an Herrn Finn und Frau Graul: Sie haben dargestellt, daß Sie im Grunde genommen zu Ihrem Widerstand und zu Ihrer Oppositionshaltung, zu Ihrem Handeln gekommen sind, weil Sie die Verhältnisse als untragbar ansahen. Es waren offenbar konkrete Dinge, die Sie motiviert hatten. Hat sich – Sie haben von Idealismus geredet – eine realistische Handlungsstrategie herausbilden können? Haben Sie so etwas wie ein Konzept oder bestimmte Vorstellungen gehabt, wie eigentlich dieses SED-System überwunden werden konnte? Oder beschränkte sich Ihr Tun im wesentlichen darauf, widerständiges Verhalten in der SBZ und in der DDR zusätzlich zu stimulieren? Oder ist dies eine Frage von heute her gestellt, die ganz fremd gegenüber der Realität dieser Zeit ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Jacobsen, bitte.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Eine Frage an Frau Graul und Herrn Finn, anknüpfend an das, was Herr Faulenbach schon angedeutet hat: Wir wissen aus der umfangreichen Forschung zur Geschichte des deutschen Widerstands im Dritten Reich, daß zwischen den einzelnen Gruppen sehr unterschiedliche Ordnungsvorstellungen bezüglich der Zeit nach der Überwindung des Systems existierten. Nun wäre es für mich sehr wichtig, von Ihnen beiden zu hören: Was hatten Sie als Teilnehmer oder Angehörige einer Generation, die ja im Grunde gar keine Alternative kannte – Sie kamen aus dem Dritten Reich –, für Vorstellungen? Es ist relativ einfacher gewesen zu sagen, wogegen man ist. Das war der Kampf gegen dieses System. Aber was hatten Sie denn als Alternative, Sie, die Sie ohne demokratische Erfahrungen waren? Herr Wolfram ist da in einer sehr viel besseren Situation, weil er älter ist. Was waren möglicherweise damals – ich betone bewußt das Wort damals – Ihre ordnungspolitischen alternativen Vorstellungen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Guttmacher, bitte.

Abg. Dr. Guttmacher (F.D.P.): Meine Frage richtet sich an Sie, Herr Wolfram: Sie haben mit einer bemerkenswerten, erfrischenden Art aus der Zeit von 1945 und 1946 berichtet und hier gesagt, daß es zu Enteignungen aus fadenscheinigen Gründen kam. Darf ich hier noch einmal nachfragen: Welche Methoden sind Ihnen denn aufgefallen, die man dabei angewandt hat, um

eine solche Enteignung aus fadenscheinigen Gründen vorzunehmen, und zwar gerade aus der Sicht, daß Sie ja zweiter Landesvorsitzender der Gewerkschaft und anschließend dann Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt waren?

Uns interessiert Ihre Aussage deshalb so wesentlich, weil wir derzeit eine völlig unzureichende Gesetzgebung haben, auch durch den Einigungsvertrag bedingt, so daß wir Menschen, die in dieser Zeit enteignet worden sind, weil ein SMAD-Beschluß vorlag, ihr Eigentum nicht zurückgeben können.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Fischer, bitte.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Es sind am heutigen Vormittag Abkürzungen gefallen, die nach meinem Dafürhalten eine Anmerkung geradezu herausfordern: UFJ, KgU, NTS. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal vor, wir hätten diese Anhörung, sagen wir einmal, vor fünf Jahren gehabt! Glauben Sie, daß der Kollege Finn mit seinen Ausführungen über die KgU ohne laute Zwischenrufe hätte zu Ende sprechen können? Ich will mit dieser Anmerkung nur auf ein Problem westdeutscher Vergangenheitsbewältigung aufmerksam machen.

Zweite Anmerkung: Es ist hier durch die Ausführungen vor allem von Frau Graul die Verbindung von Widerstand und Opposition und junger Generation hergestellt worden. Sie haben das anklingen lassen, Frau Graul; ich bitte, meine Anmerkung nicht mißzuverstehen, aber ich will doch noch einmal darauf hinweisen: Man muß auch sagen, daß die junge Generation – hier spielen eigene Erinnerungen eine Rolle – nicht unbedingt in die Zeit nach dem Ende des Dritten Reiches gegangen ist, um Widerstand und Opposition auszuüben, sondern es ist durchaus die Bereitschaft gewesen – so habe ich es jedenfalls in Erinnerung, und bei Ihnen klang es auch an – das Neue auf sich zukommen zu lassen. Erst – um die Formulierung von Faulenbach aufzugreifen – als sich die Strukturen ausbildeten, in meinem Falle meine ich konkret: als die Uniformierung begann, sah die Sache anders aus.

Das vielleicht noch einmal, um ein bißchen zu differenzieren. Eine kurze Frage an Frau Graul, auch in Anklang an Jacobsen, noch ein bißchen verstärkend: Sie haben vorhin in einem Nebensatz sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die jüngere Generation damals von dem Staat DDR eigentlich nicht viel gehalten hat. Sie hat ihn nicht einmal so bezeichnet. Ich kann das aus eigener Erfahrung nur unterstreichen. Sie sprachen aber von Vorstellungen, die Sie von einem wiedervereinigten Deutschland gehabt hätten. Welche Kriterien lagen dem eigentlich zugrunde? Was ist da verarbeitet worden? Worüber haben Sie gesprochen? Welches Vorbild hatten Sie?

Eine Frage an Herrn Finn – das ist bei Fricke vorhin schon angeklungen: Sie haben das phantastisch dargestellt, daß muß ich deutlich sagen, und ich wünschte, daß Ihre Ausführungen über die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit wirklich einmal stärker verbreitet würden; hier sind ja einige Legenden aufzuarbeiten. Sie haben doch wahrscheinlich Ihre Arbeit nicht ohne die Un-

terstützung der Medien machen können, auch wenn Sie bis zu einem gewissen Grade konspirativ arbeiten mußten. Meine Frage in diesem Zusammenhang: Wie ist das eigentlich mit dem Verhältnis beispielsweise zum NWDR, zum RIAS gewesen? Wie war es mit dem Problem der Öffentlichmachung von Verbrechen – eine Sache, die von deutschen Medien ja nur begrenzt durchgehalten worden ist? Welche Erfahrungen hat es damals bei Ihnen gegeben?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Herr Hansen, bitte.

Abg. Hansen (FDP): Meine Frage richtet sich auch an Herrn Finn, der davon gesprochen hat, daß er, fünfzehnjährig aus dem Dritten Reich kommend, sich als Antinationalsozialist verstanden habe. Dann hat er etwas zögerlich den Begriff „Antifaschist“ für sich verwendet. Jetzt spitze ich meine Frage darauf zu: Ist im Laufe Ihres Tuns, Ihres persönlichen und der Kameraden in der KGU, dann auch der Anti-Antifaschismus von wesentlicher Bedeutung für diese Motivation gewesen, für das immerhin mehr als zehnjährige Durchhalten?

Das leitet über zu meiner zweiten Frage, die ich an Herrn Fricke richte: Es ist natürlich richtig und schwierig – Faulenbach und andere haben darauf hingewiesen –, zu unterscheiden, was Widerstand ist, was Opposition, Dissidenz, Resistenz und schließlich auch nur „Immunität“, nämlich immun zu sein gegen bestimmte Ideologien. Es ist schwierig abzugrenzen.

Hat es dann nicht eben doch, wenn man den Versuch machen will – und man muß ihn wohl machen –, zu differenzieren, diese einzelnen Haltungen voneinander zu scheiden, dann etwas mit den Vorstellungen, den Werten, den Zielen zu tun, auf die man sich gedanklich, aber auch im Tun richtet? Wird es dann nicht überhaupt erst möglich zu entscheiden, nicht nur immun zu sein, sondern auch etwas zu tun, abweichend oder sogar widerständig zu handeln? Hat das – wiederhole ich – nicht etwas mit den eigenen Wertvorstellungen zu tun, die sich dann gegen diejenigen richten, die einem aufgedrückt werden sollen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Hartmut Soell, bitte.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Nur eine konkrete Frage, die sich an Herrn Wolfram richtet: Sie haben von Ihrem informellen „Raucherklub“ im Rahmen des Landtagskasinos gesprochen. Meine Frage lautet: Gab es denn zwischen den Landtagen noch so eine gewisse Verbindung, die nicht total von der SED kontrolliert war? Gab es informelle Gruppen? Es ist auch eine Frage an Herrn Prusko, inwieweit etwa die Sozialsekretäre der CDU noch miteinander kommunizieren konnten, über die Landesgrenzen hinweg? Wir wissen ja, 1952 sind die Länder aufgehoben worden, nicht zuletzt auch deshalb, damit man das Ganze stärker unter Kontrolle bringen konnte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Als letzter Martin Gutzeit, bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Meine Frage geht letztlich an alle. Sie haben in

verschiedener Weise und in verschiedenen Zusammenhängen Widerstand, Opposition betrieben. Wenn Sie das jetzt rückblickend betrachten, meinen Sie, daß das so, wie Sie es getan haben, sinnvoll war? Hätte man mehr tun sollen? Hätte man weniger tun können? Denn manche Dinge haben ja keinen Erfolg gebracht; die Geschichte ist ja ziemlich lange weiter gelaufen, ohne daß die DDR zusammengebrochen ist.

Wenn man jetzt rückblickend Manöverkritik übt: Was hätte da anders gemacht werden können? Oder war nichts anderes möglich?

Zugleich die Frage: Was hätten Sie sich zu dieser Zeit von denen erwartet, die im Westen Deutschlands saßen, mehr Unterstützung? Oder was hätte da anders laufen können?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Besten Dank für die Fragen. Es haben jetzt Herr Fricke und die Zeitzeugen die Möglichkeit zu antworten. Wir fangen mit Herrn Finn an.

Gerhard Finn: Herr Faulenbach und Herr Jacobsen – ich muß die Fragen von zwei Professoren auf einmal beantworten.

Ich sage erst einmal ganz deutlich: Wir sind zunächst als junge und politisch, vor allen Dingen parteipolitisch unbedarfte Leute mit einem sozialen Engagement hineingegangen. Das möchte ich herausstellen. Sie hätten einmal einen Tag bei uns im Flur sitzen und die Frauen hören müssen, wie die geweint haben, weil sie ihre Männer gesucht haben.

Wir wollten also helfen. Wir mußten Karteikarten ausstellen und haben unsere Leute befragt: „Wen kennst du? Wer ist in den Lagern kaputtgegangen? Wen suchst du?“ Wir mußten das zusammenbringen. Wir wollten also helfen, und dann ging es ziemlich schnell weiter. Wir haben versucht, über amerikanische Dienststellen Carepakete zu bekommen, damit wir den Angehörigen, denen es in gewisser Weise genauso dreckig ging wie denen, die eingesessen haben, helfen konnten, ihnen Lebensmittel geben konnten.

Dann entwickelte es sich auch – das war für mich als junger Dachs am schwierigsten –, denen so eine Art Lebenshilfe zu geben: „Ach, ihr Mann wird schon kommen; es sind noch viele da drin; es sind nicht alle krepirt in Buchenwald, Sachsenhausen und in den ganzen Lagern.“

Es war also mehr eine soziale Komponente, und daraus – das versuchte ich vorhin zu erklären – entstand eigentlich die Frage: Wir können nicht nur die Folgen mildern, sondern wir müßten auch etwas dagegen tun. Wir müssen doch auch einmal die Welt aufrütteln – um es einmal so hochtrabend zu sagen –, und wir hatten zunächst keine Konzeption, was danach kommen sollte, vielleicht später, am Ende der fünfziger Jahre, so 1957/58. Für uns war die sich dann bildende Bundesrepublik Deutschland das Vorbild. Die wollten wir stärken, die wollten wir schützen. Das war unser großes Anliegen.

Wir versuchten immer – Berlin war ja so eine Sondergeschichte; wir hatten

noch mit der Blockade und ihren Folgen zu tun –, den Westdeutschen zu sagen: „Leute, wißt ihr denn, was da drüben passiert, was da los ist? Die sind drauf und dran“ – das war unsere feste Überzeugung – „auch euch da drüben einzukassieren! Dann werdet ihr sehen, was euch geschieht!“

Das Verhältnis zu den Medien war zunächst gut. Der RIAS hat unsere Warnungen vor Spitzeln immer wieder gebracht, das wurde sehr viel gehört. Bloß, das kippte dann um, vielleicht auch durch eigene Dummheit, dadurch, daß wir zu radikal aussahen, was wir an sich gar nicht waren.

Man hat uns einmal einen Ballon durch einen Agenten in die Luft geschossen, und der ist explodiert. Dann hieß es, wir würden das ganze Häuserviertel in Nikolassee gefährden. Es wurden immer wieder Fälle herausgebracht über „Nachrichtenhändler“ usw., Dinge, die wir heute anders sehen. Damals wurden sie furchtbar ernstgenommen. Dann schwenkte auch das Presse-Meinungsbild um. Erst berichteten sie sachlich; dann wurde das – auch ein Grund, weshalb sich die KGU nicht mehr halten konnte – sehr viel schlechter. Es setzte sich wohl die Meinung durch: „Na ja, es ist ja eh nichts zu ändern. Die Besatzungsmacht steht, die DDR wird immer kräftiger und unterdrückt alles, was irgendwie dagegen ist; also riskiert nicht die Leute!“

Damit komme ich zur letzten Frage von Herrn Gutzeit, was wir anders hätten machen können: Geholfen hätten wir immer. Das war ja Impetus. Ich muß noch einmal ganz deutlich sagen: Wir haben insofern nicht in die DDR eingewirkt, als wir versucht hätten – was unter konspirativen Umständen sowieso Unsinn gewesen wäre – Gruppen oder so etwas zu bilden, sondern es sind immer wieder die Menschen, gerade junge Menschen, zu uns gekommen – das war ja das Furchtbare –, und haben gesagt: „Verdammt, wir müssen doch etwas gegen die tun! Das kann doch nicht so weitergehen! Wir haben doch erlebt, was in der Nazizeit los war. Wir müssen aufklären und vor allen diesen Dorf-Mussolinis und -Ulbrichts sagen: Wir passen auf euch auf; es kommt gewiß einmal anders, dann geht es auch dreckig!“ (Zuruf: Geschwister Scholl, ja?)

– Ja, ja, wirklich. Wir haben an diesen Widerstand angeknüpft. Das war unser Vorbild. Das ist nicht hinterher hineininterpretiert, sondern wir haben damals so diskutiert. Und wir sind letztlich von den anderen auch ein bißchen allein gelassen worden.

Ja, was hätten wir anders machen sollen? Mehr Unterstützung von Westdeutschland – es kam von Westdeutschland nicht mehr Unterstützung, noch nicht einmal vom Gesamtdeutschen Ministerium, dessen Hauptargument war, sie könnten uns nicht unterstützen, solange wir nicht unsere finanziellen Einkünfte usw. offenlegen würden.

Herr Hansen, zum Anti-Antifaschismus: Der Antifaschismus war für uns als staatstragende Ideologie noch nicht so ausgeprägt. Wenn es aufkam, dann muß ich eines sagen: Wir ehemaligen Häftlinge dieser Nachkriegslager, die

heute immer noch ziemlich schlecht angesehen werden – man sagt, das waren ehemalige Nazis und wer weiß, wer da drin saß-, wir ehemaligen Buchenwalder hatten Respekt vor unseren Vorgängern. Wir haben diesen Antifaschismus zu der Zeit eigentlich nicht angegriffen, weil wir auch eine gewisse Scham hatten, eine Scham für das, was damals passierte, eine Scham, die ich heute bei vielen SED- und PDS-Leuten vermisste. (Beifall)

Elisabeth Graul: In einigem muß ich mich Herrn Finn anschließen. Wir waren sehr jung und sehr unerfahren und hatten wahrscheinlich ziemlich nebulöse Vorstellungen von dem, was eigentlich an die Stelle des Vergangenen zu setzen sei. Wir wußten nur, daß wir das, was da war, nicht wollten.

Ich habe bei meiner Befragung auf die Frage der Frau Benjamin: „Wie wollten Sie die Dinge haben? Wie sollte es nach Ihrer Meinung zugehen?“ geantwortet: „Ich wollte unbedingte Unabhängigkeit und Freiheit jedes einzelnen Menschen.“ Das ist natürlich ein sehr naiver Satz. Sicherlich sagt es wohl alles, aber man hätte die Dinge vielleicht konkretisieren müssen. Dazu kam es bei diesem Gerichtsprozeß nur stellenweise.

Wir haben uns damals sehr intensiv mit der Frage beschäftigt: Was ist Marxismus? Was ist Kommunismus? Wir haben viel gelesen und uns auch innerhalb der Organisation, die ja übergreifend mit der westdeutschen arbeitete, dafür eingesetzt, daß sich das möglichst nicht weiter ausbreitete, was sich bei uns breitgemacht hatte. Das war immerhin schon eine ganz konkrete Vorstellung.

Wir haben dann diese Enttäuschung mit dem westdeutschen „Bund Deutscher Jugend“ erfahren. Das war aber nicht das Entscheidende; wir wußten ja, was wir wollten. Und jetzt komme ich zur Frage von Herrn Gutzeit: Wenn man etwas tut, ist man beseelt von einem Gedanken. Und wenn man dann schon gleich fragt: Welchen Sinn wird es vielleicht haben, paßt es irgendwo nicht zusammen.

Man tut, und man kann nicht hinterher sagen: „ich bin ein armes Opfer.“ Ich war ein Gegner und fühle mich nicht als Opfer. Ich wußte ja, worauf ich mich einließ. Es gab damals noch die Todesstrafe in dieser DDR. Ich wußte, daß es lebensgefährlich war. Es ist für mich hinterher auch etwa schräg, wenn man immerzu nur anklagend sagt: „Diese böse DDR!“ Ich wußte ja, daß wir etwas taten, was der nicht gefiel, obwohl unsere ganzen Dinge sogar verfassungsmäßig abgesichert waren.

1950 stand bereits in der Verfassung der DDR: Versammlungsfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit. Bloß, daß man sich daran in keiner Weise hielt! Aber wir wußten, daß man sich daran nicht halten würde.

Wenn ich jetzt hinterher frage, habe ich nun soundsoviel Jahre meines Lebens verloren oder habe ich sie gewonnen, kann ich nur sagen: Es ist nicht entscheidend, was man erlebt, sondern wie man es erlebt. Ich

betrachte diese Jahre nicht als verlorene. Sie haben mir sehr viel Wissen gebracht, sehr viel menschlichen Reichtum offeriert. Man konnte aus diesem Zuchthaus nicht wieder herausgehen, wie man hineingegangen ist. Entweder ging man zugrunde, oder man ging stärker daraus hervor. Ich habe das letztere vorgezogen. (Beifall)

Georg Prusko: Zur Frage: Bestand unter den Sozialsekretären der CDU einerseits und Gewerkschaftssekretären andererseits Kontakt, direkter persönlicher Kontakt? Ich sage nein, und zwar deshalb, weil wir genau wußten, daß der Partner vom FDGB ein Sozialist war, ein SED-Mann. Wenn er schon an die Spitze des Kreises gesetzt worden ist, ist er von der SED genau überprüft worden. Von daher war das politisch für uns lebensgefährlich, weil wir ja eine andere Ansicht von den Dingen hatten als die SED.

Zweitens: Welchen Einfluß hatten die Medien auf die Haftentlassung? In meinem Fall war es so, daß ungefähr drei Monate vor meiner Entlassung der RIAS meinen Fall an einem Abend geschildert hat – da ist jeden Abend immer ein Fall gewesen, und ich war der zehnte –, und dann hat die Überprüfung eingesetzt. Ein Vierteljahr später wurde ich entlassen. Ich sage also: Ja, es hatte einen Sinn.

Dann die Frage nach der Methode der Enteignung in der Landwirtschaft: Die Sache ist folgendermaßen abgelaufen. Man hatte im Kreis das Ziel, die Kolchosen, die LPG, zu gründen. Also hat man die Bauern erfaßt. Jeder hatte sein Soll zu erfüllen. Wenn man den Bauern kaputtmachen und enteignen wollte, erschien plötzlich auf dem Hof eine Kommission von drei, vier Mann vom Kreis, die erklärte: „Sie haben das Soll nicht erfüllt, haben Sabotage am demokratischen Staat geübt.“ Man hat ihn verhaftet, enteignet, einen kurzen Prozeß gemacht, zwei Jahre Strafe gegeben; aber nach einem Jahr hat man ihn wieder weggeschickt. Aber der Hof war enteignet.

In einem anderen Fall – Hotels wurden beschlagnahmt – ist es folgendermaßen gelaufen: In ein Hotel, in dem großer Betrieb war, sind plötzlich zwei, drei Männer gekommen, haben sich an einen Tisch gesetzt, sich unterhalten, auf den Staat geschimpft. Der Hotelier oder Kellner konnte gar nicht auf sie achten. Eine Stunde später kamen zwei Volkspolizisten, und es hieß: „In Ihrem Hotel wurden staatsfeindliche Reden gehalten.“ Er wurde verhaftet, das Hotel beschlagnahmt; der FDGB hat es übernommen. So hat man die Enteignung durchgeführt.

Zur Frage nach der politischen Arbeit: Ich fuhr einmal mit meinem Stellvertreter in eine Versammlung. Da sagte er mir: „Schorsch, an und für sich sind wir Lumpen.“ Ich frage: „Warum?“ Er sagt: „Guck mal, wenn wir jetzt, in diesem Staat, in der CDU mitarbeiten, stützen wir diesen Staat mit.“ Da habe ich gesagt: „Ja, du hast recht; aber wir haben doch zu entscheiden: Entweder stütze ich diesen Staat noch mit, habe aber die Gelegenheit, anderen Menschen zu helfen, und wenn ich nur Bauern rechtzeitig alarmiere, daß sie verschwinden

sollen, bevor sie eingesperrt werden, oder anderen Leuten irgendeine kleine Hilfe leisten kann. Oder die zweite Möglichkeit ist, die Sachen zu packen, nach dem Westen abzuhausen und sich einen guten Tag zu machen.“

Vor dieser Frage haben wir als Mitarbeiter der CDU gestanden, und ich habe mich damals dafür entschieden, mitzuarbeiten, solange es geht. Aber, wie gesagt, die Frage ist nicht von der Hand zu weisen: Wir haben als Mitarbeiter dieser Parteien diesen Staat mit gehalten.

Ich habe mich mit meinem Gewissen dafür entschieden, anderen Leuten zu helfen, solange es geht. (Beifall)

Adam Wolfram: Natürlich haben die alten Gewerkschaftler und alten Sozialdemokraten miteinander Verbindung gehabt, nicht nur auf Orts- oder Kreisebene, sondern auch auf Landesebene bis zur Zentrale. Wir hatten auf Grund unserer Stellung, die wir in den Landesverbänden hatten, öfter in Berlin zu sein. Da waren Sitzungen im Hauptvorstand, im Zentralvorstand, und da brauchten wir gar nicht das Ostbüro in Anspruch zu nehmen. Da saß der Bernhard Göring als zweiter Vorsitzender des FDGB für die Zone. Mit dem unterhielten wir uns über die laufenden Dinge, wie wir sie als Sozialdemokraten und als Gewerkschaftler insgesamt für die ganze Zone sahen.

Nachher, als es im Zentralbüro des FDGB zu gefährlich wurde, machten wir offiziell unsere Besprechungen in dem Haus, und inoffiziell gingen wir dann mit dem Bernhard irgendwohin in die Kneipe und machten unsere eigene Konferenz. So war also die Verbindung zwischen den Ländern ständig da.

Natürlich gab es verschiedene Methoden, was man tun konnte. Ein Beispiel nur: Es war eine Konferenz in Halle für das ganze Land. Wenn man in den Saal hineinkam, genügte ein Blick, um zu wissen, wo die SPD-Leute saßen. Die saßen auf einem Klumpen in der Ecke, und die anderen saßen abgesondert in der anderen Ecke. Die Trennung, ohne daß jemand ein Wort gesagt hätte, war immer da: Hier sitzen die Sozialdemokraten und da die Kommunisten.

Das war auch in der SED so. Eine überschäumende Liebe von Sozialdemokraten und Kommunisten hat es bei uns im Landesverband nie gegeben. Ich habe vorhin schon gesagt: Auch ich persönlich hatte ja meine Erfahrungen, und die führten dazu, daß ich bei der Vereinigung aufgetreten bin und gesagt habe: „Solange die Kommunisten nicht von sich, aus dem eigenen heraus ihre Antworten auf die Probleme finden, sondern auf Moskau hören, solange sehe ich keinen Sinn darin, daß wir vereinigt werden.“

Erst als im Dezember 1945 und im Januar 1946 die Dinge in Berlin gelaufen waren, als Otto Grotewohl in seiner großen Rede den Standpunkt der SPD als führender Kraft in der Zone darstellte, dann von Pieck und am Abend in Karlshorst von den Russen abgekanzelt wurde, haben wir gesagt: „Wenn nichts anderes zu erreichen ist, dann muß zumindest festgelegt werden, daß wir in

der neuen Partei gleichberechtigt tätig werden können. Die Parität zwischen Kommunisten und SPD muß gewahrt bleiben. Wir müssen das Recht haben, in den Organen jederzeit unseren Standpunkt zu vertreten.“

Das hat man gebilligt, und dann ist es ja auch zur Vereinigung gekommen. Aber wir haben Orte gehabt, da gab es einen Ortsverein der SPD mit 200 Mitgliedern und einen Ortsverein der Kommunisten mit zehn Mitgliedern. Wo sollte da die Parität herkommen? Die konnten gar nicht soviel Kommunisten machen, wie sie brauchten, um die Organe zu besetzen. Solche Schwierigkeiten gab es natürlich im Lande überall. Es gab auch die umgekehrte Situation, wo die Kommunisten die Mehrheit hatten und die SPD in der Minderheit war.

Aber im Grunde genommen hätte die Sache funktionieren können, wenn man nicht von Moskau aus ständig mit neuen Instruktionen, mit neuen Parolen, mit neuen Dingen gekommen wäre. Das Dilemma war doch: Wir konnten den besten Willen und die besten Argumente haben; wenn sie nicht in den Rahmen der Befehle fielen, galten sie nichts. Der Befehl war maßgebend, und der Befehl mußte durchgeführt werden. Wenn der Befehl nicht durchgeführt wurde, wurden diejenigen, die dafür verantwortlich waren, bestraft, eingesperrt, ihrer Existenz beraubt, ins Gefängnis gesteckt. Das war der Tatbestand.

So, wie es der Kollege sagte, empfinde ich den damaligen Anfang nicht. Wir müssen immer bedenken: Als der Krieg zu Ende war, kamen die Soldaten zurück; darunter waren auch vierzehn- und fünfzehnjährige Kinder, die Uniform anhatten, die ich in der Schlacht um Berlin noch gesehen habe, wie sie in der Scheune gestorben sind, den Bauch von Schüssen aufgerissen. Das waren Tausende und Abertausende, die in diesem Alter damals noch eingezogen wurden, am Schluß des Krieges. Sie kamen zurück, kamen in den Betrieb und sollten arbeiten.

Da kam die Gewerkschaft, da kam der Adam Wolfram und sagte: „Du mußt dich organisieren.“ Wissen Sie, was mir so einer gesagt hat? Er hat gesagt: „Seid ihr verrückt! Uns haben sie einmal angeschmiert. Was wir jetzt haben, haben wir den anderen zu verdanken, und jetzt kommt ihr und wollt uns genau das Gegenteil sagen!“

1945, als wir anfangen, die Betriebe wieder in Gang zu setzen. war keine Begeisterung da, daß etwa die ganze Belegschaft, die Jungen und die Mittleren, mit Begeisterung an die Arbeit gingen. Nein, nein. Da haben wir lange Monate gebraucht, bis wir die jungen Menschen überzeugt haben, daß sie doch eine Gewerkschaft brauchen. Dann ging es langsam wieder bergan. Die Dinge sind sehr differenziert zu betrachten.

Es war die Frage nach dem „Raucherklub“. Ja, ich rauche gern Zigarren, und ich habe viele Freunde, die dasselbe gemacht haben. Darüber ist in der Presse

der DDR geschrieben worden, daß mein „Raucherklub“ funktioniert hat, bis die letzten verhaftet wurden. Dann war Schluß. (Beifall)

Karl Wilhelm Fricke: Sie haben natürlich recht, Herr Faulenbach, daß sich erst die objektiven Bedingungen für das Entfalten widerständigen Verhaltens 1945/46 herausbilden mußten. Das ist keine Frage. Aber ich wollte mit meinen Bemerkungen in meinem Referat auch andeuten, daß es eben so etwas wie nazimotivierten Widerstand nicht gegeben hat. Es wäre ja immerhin denkbar gewesen, daß z. B. die Goebbelsche Propaganda, eine Werwolforganisation zu bilden, bei jungen, verführten Menschen irgendwie verfangen hätte. Das ist aber so gut wie überhaupt nicht der Fall gewesen. Ich würde sogar die kühne These aufstellen, ohne sie empirisch belegen zu können, daß es so etwas überhaupt nicht gegeben hat.

Man hätte sich schon Widerstand z. B. gegen die Vergewaltigungen denken können, der auch von früheren Soldaten und Offizieren ausgegangen wäre, aber das hat es nicht gegeben. Man stand viel zu sehr unter dem Schock des nationalsozialistischen Desasters, als daß man es auch nur gewagt hätte, an Widerstand zu denken.

Es war auch natürlich schon viel Hoffnung unter den Menschen. Ich möchte gerade sagen: Widerstand oder widerständiges Verhalten in allen seinen Formen beginnt sich eigentlich dann auszubilden, als die ersten Enttäuschungen einsetzen, als man merkte, daß eben doch die Hoffnungen auf eine neue, demokratische Struktur, eine demokratische Herrschaft sich nicht erfüllen. Gerade diese Erkenntnis hat viele junge Menschen an den Universitäten in der Auseinandersetzung mit der FDJ spontan zu Widerstand, zu Opposition zunächst einmal, herausgefordert, denn sie haben sich ja legal in Studentenversammlungen artikuliert, bis sie dann merkten, wie gefährlich das ist, welche Folgen das haben konnte. Das gilt aber dann erst recht für die Zeit 1947/48, als man auch über hinreichend fatale Erfahrungen verfügte. Sicher, Sie haben recht, daß frühzeitig der sozialdemokratische Widerstand eingesetzt hat. Das habe ich ja auch dargelegt. Richtig ist, daß es zunächst einmal die Hermes-Schreiber-Opposition gegen die Bodenreform gab, aber das kann man zeitlich nicht alles so genau differenzieren.

Sie haben mir das zweite Stichwort gegeben: Ich bin völlig einverstanden, daß man sich auf die Widerstandsforschungen über das Dritte Reich bezieht, wenn man versucht, eine differenzierende Begriffsbestimmung für die Verhältnisse in der DDR zu erarbeiten. Rainer Eppelmann hat dankenswerterweise heute morgen alle diese Begriffe eingeführt. Er sprach ja nicht nur von Opposition und Widerstand, sondern auch von Dissidenz und Resistenz. Und ich könnte mir den Begriff der Resistenz sehr gut auf die Verhältnisse der DDR angewandt vorstellen.

Ordnungsvorstellungen: Ja, auch das müßte man näher untersuchen. Aber es gibt ja einige Zeugnisse, daß die frühe Opposition, frühe Resistenz, möchte

ich sagen, sich zunächst einmal darauf beschränkte, demokratische Rechte, die man hatte oder zu haben glaubte, zu verteidigen, vor allen Dingen auch das Recht auf freie Wahlen einzufordern, und daß man eigentlich erst später, vielleicht in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, dazu übergang, konzeptionell zu denken, eine Alternative zur herrschenden Ideologie zu entwickeln.

Dabei ist übriges daran zu erinnern – hier möchte ich Elisabeth Graul ergänzen –, daß in der ersten Verfassung der DDR ja nicht nur alle bürgerlichen Freiheiten formal garantiert waren, sondern daß in Art. 4 ausdrücklich auch das Recht auf Widerstand – und sogar die Pflicht zu Widerstand – gegen verfassungswidrig ausgeübte Staatsgewalt verankert war. Sie wissen, was es genützt hat.

Herr Hansen hat die Frage nach einer Begriffsbestimmung von Opposition und Widerstand noch einmal aufgegriffen und darauf hingewiesen, daß das durchaus auch an den Zielsetzungen möglich ist. Völlig richtig; nur glaube ich, es kann nicht darauf beschränkt bleiben. Es ergibt sich auch aus der Formenvielfalt des widerständigen Verhaltens, und da muß man in der Tat mit diesem Begriffsinstrumentarium operieren, das Rainer Eppelmann heute morgen in die Diskussion gebracht hat und von dem ich glaube, daß man weiter damit arbeiten sollte.

Schließlich zu Martin Gutzeit: Hermann Weber hat ja schon daran erinnert, daß ich mich hier auch als Zeitzeuge empfinden muß. Die Frage war etwa: War Widerstand sinnvoll? Hätten Sie etwas anderes machen sollen? Was mich persönlich betrifft: Ich habe mich seinerzeit auch aus familiären Gründen entschlossen, so lange in der Zone zu bleiben – die DDR gab es ja damals noch nicht –, wie es irgend möglich ist und erst dann zu gehen, wenn es nicht mehr möglich wäre. Dieser Zeitpunkt kam, als ich am 22. Februar 1949 im Unterricht verhaftet wurde wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat und das Glück hatte, der Volkspolizei nach wenigen Stunden entkommen zu können. Ich bin dann über die damals noch nicht so bewehrte Zonengrenze geflüchtet, habe in der Bundesrepublik studiert und habe dann von Anfang an mein Ziel darin gesehen, als Journalist einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung, speziell auf die DDR bezogen, zu leisten. Das würde ich auch aus heutiger Sicht nie anders gemacht haben, als ich es getan habe.

Wenn ich heute in meinen Stasiakten lese, wie meine Arbeit „eingeschätzt“ worden ist – ich gebrauche bewußt diesen Begriff –, kann ich nur sagen: ich fühle mich voll und ganz gerechtfertigt. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hermann Weber: Meine Damen und Herren! Wenn hier in der Diskussion, die etwas länger als gedacht gedauert hat, der Schwerpunkt unserer Betrachtungen die späten vierziger und die frühen fünfziger Jahre gewesen sind, hat das sicherlich in erster Linie damit zu tun, daß darüber unsere Zeitzeugen am meisten zu berichten hatten.

Aber es hat natürlich auch damit zu tun, daß in dieser Phase die Breite der Opposition und des Widerstandes in der entstehenden, sich herausbildenden, sich verfestigenden Diktatur am stärksten gewesen ist. Danach, nach dem 17. Juni 1953, setzte eine neue Situation ein, die aber natürlich nicht nur durch den 17. Juni geprägt war, sondern auch durch die Tatsache, daß mit dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau 1956 und der sogenannten Entstalinisierung auch die Bedingungen innerhalb der SED andere zu werden schienen. Gleichzeitig zeigte sich sehr rasch, daß im System der SED-Diktatur außerhalb der SED die Chancen von Widerstand immer geringer wurden, soweit er organisierte Formen annahm oder konzeptionell war.

Das änderte sich natürlich. Wir werden das in den folgenden anderthalb Tagen noch sehen.

Ich darf Herrn Eppelmann jetzt das Wort geben. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Auch von mir sehr herzlichen Dank an die Zeitzeugen in großer Achtung vor ihrer Biographie, bei Ihnen, Herr Wolfram, besonders auch in hoher Achtung vor der Leistungsfähigkeit in Ihrem Alter. Alle Achtung! (Beifall)

Unterbrechung von 14.23 bis 15.15 Uhr.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Lassen Sie uns zunächst fortfahren mit einem Vortrag von Dr. Hubertus Knabe „Widerstand und Opposition in den sechziger und siebziger Jahren“. Danach folgt eine von Professor Alexander Fischer moderierte Gesprächsrunde von Zeitzeugen ebenfalls aus dieser Zeit. Zunächst aber Herr Dr. Knabe.

Dr. Hubertus Knabe: Es ist keine beneidenswerte Aufgabe, 20 Jahre politischer Kritik und Gegenwehr in der DDR, gespiegelt und gebrochen in Hunderten von unterschiedlichen Biographien, in 30 Minuten Revue passieren zu lassen. Ich muß mich darauf beschränken, einige wichtige Namen zu nennen, Konfliktherde und Aktionen anzureißen, und ich hoffe, daß die nachfolgende Diskussion dann mehr Licht auf die Motivationen, auf die Erfahrungen und auf die programmatischen Vorstellungen der Akteure von damals wirft.

Eigentlich hätte es in der DDR gar keine unabhängigen politischen Bestrebungen – so möchte ich sie lieber nennen, nicht „Opposition und Widerstand“ – in den sechziger und siebziger Jahren mehr geben dürfen, denn die organisierten Gegner der SED waren zuvor allesamt zerschlagen, vertrieben und gleichgeschaltet worden.

Mit der Schließung der Grenzen in Berlin – das ist die erste wichtige Zäsur für diese zwei Jahrzehnte – stabilisierte und konsolidierte sich die SED-Herrschaft. Ohne die Möglichkeit des Wegganges sahen sich die Menschen mehr und mehr dazu gezwungen, sich mit den Verhältnissen auf irgendeine Weise zu arrangieren.